

# Region Hannover hat besonders viele Langzeitarbeitslose

57 000 Menschen sind in Stadt und Umland betroffen / Studie nennt Daten und Handlungsmöglichkeiten

VON BERND HAASE

In der Region Hannover gibt es aktuell mehr als 57 000 Langzeitarbeitslose. „Damit ist ein großer Kreis von Menschen von der Teilhabe an der Arbeit und als Folge oft auch von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen“, sagt Erwin Jordan, Sozialdezernent der Region. Weil das nicht so bleiben soll, rückt diese Gruppe nun weiter in den Fokus von Region, Arbeitsagentur und Jobcenter. Die Region hat vom Hamburger Consultingunternehmen Consens eine Studie über die Situation der Langzeitarbeitslosen auf dem hannoverschen Arbeitsmarkt anfertigen lassen und sie gestern auf einer Fachtagung vor 160 Teilnehmern präsentiert.

Das Problem Langzeitarbeitslosigkeit – laut Definition fallen unter diese Rubrik Arbeitslose, die binnen zwei Jahren 21 Monate auf Hilfeleistungen angewiesen waren – ist zwar nicht auf den Raum Hannover beschränkt, hat hier aber eine besondere Ausprägung. Knapp 70 Prozent derjenigen, die keinen Job haben, fallen in diese Kategorie. Einen ähnlich hohen Anteil weist kaum eine

andere westdeutsche Großstadtregion auf. Das ist nicht nur ein finanzielles Problem für die Betroffenen, sondern auch für die Kommunen, die deren Kosten für Wohnung und Energie tragen.

Durch die Consens-Studie sind Dinge, die man bereits wusste, durch statistische Daten untermauert worden. „Arbeitslosigkeit verfestigt sich“, sagt Mitverfasser Carsten Kocialkowski. 40 000 Männer und Frauen sind im Raum Hannover seit mehr als vier Jahren ohne Job. Arbeitslosigkeit betrifft mit steigender Tendenz Menschen im Alter über 50 Jahren, aktuell gehören 18 000 Langzeitarbeitslose in diese Gruppe. Auch die Zahl der Alleinerziehenden steigt, sie liegt derzeit bei 8400 und damit auf dem höchsten Level seit fünf Jahren. Mehr als 90 Prozent sind Frauen. Zwei von drei Langzeitarbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, jeder fünfte kann nicht einmal einen Schulabschluss vorweisen.

„Die Gruppe ist heterogen“, sagt Jordan, der eines der größten Probleme darin sieht, dass Langzeitarbeitslose häufig stigmatisiert werden. Dabei handele es sich aber oft auch um Menschen, die

über Fähigkeiten verfügten, in ihrem Erwerbsleben aber irgendwann in eine Sackgasse geraten seien. „Über Langzeitarbeitslose haben sich in der Bevölkerung und leider auch in Unternehmen bestimmte Bilder in den Köpfen festgesetzt. Als Folge sind die Hürden bei der Vermittlung häufig hoch“, sagt Bärbel



Neue Initiative: Michael Stier (v. li.), Bärbel Höltzen-Schoh und Erwin Jordan wollen Langzeitarbeitslosen helfen.

Höltzen-Schoh, Geschäftsführerin der Arbeitsagentur Hannover.

Vor zwei Jahren hat das für die Hartz-IV-Bezieher zuständige Jobcenter der Region die Geschäftspolitik geändert. Es setzt seitdem auf Weiterbildung der Betroffenen und Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen Jobs. „Die Stoßrichtung ist grundsätzlich richtig“, sagt Kocialkowski, betont aber gleichzeitig, dass der zweite Arbeitsmarkt mit seinen öffentlich geförderten Beschäftigungsmöglichkeiten nach wie vor gebraucht werde. Kocialkowski empfahl, den Betroffenen mehr Beratungszeit zu widmen und bei ihnen Mut und Motivation zu wecken. Außerdem müsse der Arbeitsmarkt in Hannover auf seine Beschäftigungspotenziale für Langzeitarbeitslose untersucht werden. Unbedingt zu vermeiden sei, dass Langzeitarbeitslose den Kontakt zur „normalen Arbeitswelt“ verlieren. Höltzen-Schoh sagte, das wichtigste Gegenmittel für die Zukunft sei, Jugendliche in Ausbildung zu bringen.

Wie mühselig das Vermittlungsgeschäft ist, verdeutlicht Michael Stier, Ge-

schäftsführer des Jobcenters. „Das läuft fast nur im direkten Kontakt: Wir gehen mit unserer Klientel direkt zu den Unternehmen.“ Sozialwissenschaftlerin Prof. Helga Spindler von der Universität Duisburg-Essen machte auf ein anderes Problem aufmerksam. Die Hartz-IV-Reform habe ein „autoritäres Aktivierungssystem“ geschaffen. Arbeitgeber könnten so Notlagen von Menschen ausnutzen, die per Gesetz dazu verpflichtet seien, nahezu jedes Jobangebot akzeptieren zu müssen – sei es auch noch so schlecht. Außerdem kritisierte Spindler die öffentliche Hand in ihrer Funktion als Arbeitgeber. „Sie predigt zwar ständig, dass mehr für die Langzeitarbeitslosen getan werden müsse, hält sich aber selber sehr zurück, wenn es darum geht, welche einzustellen.“

Die genannten Daten beziehen sich auf die Region Hannover. In einem weiteren Schritt ist nun geplant, die Ergebnisse bezogen auf die einzelnen Städte und Gemeinden auszuwerten. Wer die komplette, 104-seitige Consens-Studie einsehen will: Sie steht unter der Adresse [www.expertise-lzb.de](http://www.expertise-lzb.de) zum Herunterladen im Internet.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Fr., 24. 10. 14